

Neue Belastung der Gemeinden

durch die erhöhte Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Vom Sachsischen Gemeindetag wird mitgeteilt: Die absolute Zahl der Arbeitslosen ist im Oktober 1931 stärker gestiegen als in demselben Monat des Vorjahres, und zwar in einem Ausmaß, das sich in Sachsen wesentlich im Reich dagegen nur verhältnismäßig wenig von der Bewegung in der entsprechenden Zeit des Vorjahres unterscheidet. Die absolute Steigerung der Arbeitslosen im Oktober 1931 ist in Sachsen um 70 v. H. im Reich dagegen nur um rund 8 v. H. höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Anzahl der Arbeitslosen beträgt am 31. Oktober 1931 in Sachsen 114.7 auf 1000 Einwohner, und im Reich 74.1 auf 1000 Einwohner. Der Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenberichterstattung im Monat Oktober ist darin begründet, daß durch Beschluss des Vorstandes der Reichsanstalt vom 1. Oktober 1931 die Unterstützungsduer verkürzt worden ist, eine Maßnahme, die mit dem 5. Oktober 1931 zur Durchführung kam. Durch diese Maßnahme wird wiederum Sachsen, das gegenüber dem Reich einen erhöhten Rückgang der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung — 13.41 v. H. gegenüber nur 11.91 v. H. — aufweist, am schwersten betroffen, da die damit um diese Kürzungsofrist vorverlegte Überführung der Arbeitslosen in die Krisenfürsorge den Aufwand der Gemeinden für den Hinterland erheblich vermehrt. Es kann also auch hier wieder festgestellt werden, daß nicht nur keine Befreiung von den alten Lasten durch die seit langem von den Spitzenverbänden geforderte Übernahme des Gemeindeanteils an der Krisenfürsorge auf das Reich, sondern vielmehr sogar eine gewaltige Neubelastung für die Gemeinden eingetreten ist.

Dem Rückgang der Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung steht ein entsprechender Zugang der Krisenunterstützung gegenüber. Auf 1000 Einwohner entfielen Ende Oktober 1931 in Sachsen 32.0 und im Reich 21.6 Krisenunterstützte. Auch die Wohlfahrtsvertriebslosen haben sich in Sachsen gegenüber dem Vorjahr stark vermehrt. In Sachsen wurden von den Bezirksfürsorgeverbänden 192.674 oder 38.5 auf 1000 Einwohner von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrtsvertriebslosen gezählt, von denen 48.5 auf 1000 Einwohner auf die befreitkreis Städte und 30.0 auf 1000 Einwohner auf die befreitangehörigen Gemeinden entfielen. Im Reich kamen Ende Oktober auf 1000 Einwohner 22.6 Wohlfahrtsvertriebslose.

Die monatlichen Aufwendungen für die Wohlfahrtsvertriebslosen betrugen in Sachsen im Oktober 8.3 Millionen Reichsmark und für das von den Gemeinden zu tragende Krisenfünftel waren 1.7 Millionen Reichsmark aufzubringen. Für die Wohlfahrtsvertriebslosen und Krisenunterstützten wurden von den Gemeinden und Bezirksverbänden somit im Oktober 10.04 Millionen Reichsmark und seit Beginn des Rechnungsjahrs 65.36 Millionen Reichsmark oder 13.07 RM je Kopf der Bevölkerung ausgegeben. Die Aufwendungen für die Wohlfahrtsvertriebslosen haben bereits den Jahresauswand 1930 (52.1 Millionen Reichsmark) um rund 2.0 Millionen Reichsmark überschritten.

Nach langen schweren Leiden verschieden gestern abend 8 Uhr mein lieber Gatte, unser guter Vater, Schwieger- u. Grossvater

Herr Schuhmachermeister

August Hermann Zieheischler
im 66. Lebensjahr.

Ottendorf-Okrilla, am 3. Dezbr. 1931.

Dies zeigen im tiefsten Schmerze an die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag um 2 Uhr vom Trauerhaus, Dresdnerstraße, aus statt.

Operette Waldvöglein

(Wiederholung und letzte Vorstellung)
Sonnabend, den 5. Dezember 1931, abends 8 Uhr, im
„Treuen Hund“ zu Seifersdorf
ausgeführt vom M.-G.-B. mit Gem. Chor
Leitung: Kantor Fischer. Musik: Kapelle Löhnert.
Einsatz 7 Uhr. Eintritt 70 Pf. Erwerbslose 40 Pf.
Anschließend feiner Ball.

Der Wirt. Der Postlnd.

Gasthof z. Teichhaus

Sonnabend, den 5. Dezember

Schlacht - Fest

Von nachm. 6 Uhr an Welffleisch und Bratwurst, spät. frische Hanschlachtene.

Hierzu laden freundlich ein
Hermann Hausdorf u. Frau.

Kalender für das Jahr 1932

Zu haben in der

Buchhandlung Herm. Rühle.

Letzte Nachrichten

Neue Forderungen der Japaner

Paris, 3. Dezember.

Wie Havas erfährt, hat man in Völkerbundskreisen mit großer Übereinstimmung eine Nachricht aus Tokio zur Kenntnis genommen, daß die japanische Regierung sich mit der Zustellung der chinesischen Truppen innerhalb der großen chinesischen Mauer nicht zufrieden geben würde, sondern darüber hinaus die Entfernung der Verwaltung der Regierung Tschaungtians aus Kinstchau fordere mit dem Verlangen, daß die zu schaffende neutrale Zone unter die Verwaltung der in Nukden eingesetzten unabhängigen chinesischen Regierung gestellt werde.

Der bisherige Optimismus hat gestern abend eine schwere Belastung erfahren.

Die gestrigen Verhandlungen des Völkerbundsrates haben gewisse Schwierigkeiten zutage treten lassen. Sämtliche Fragen, wie Zusammenfassung der Studienkommission, Text der Resolution, Kommentar dazu usw. sind etwas in den Hintergrund getreten. Der Zwölferrat hat sich erneut eingehend mit der Frage der Schaffung einer neutralen Zone beschäftigt, für die die Japaner eine Definition gegeben haben, die auf den Widerstand der Chinesen hört. Die Japaner erklären, daß sie wohl grundsätzlich für die Schaffung einer neutralen Zone seien, sich jedoch das Recht vorbehalten, falls unvorhergesehene besondere Ereignisse eintreten, ohne weiteres in die neutrale Zone und sogar darüber hinaus vorzurücken, und zwar ohne vorherige Befragung oder Heranziehung neutraler Beobachter. Sie erklären sich jedoch bereit, sofort nach durchgeführter Aktion des Völkerbundsrates in Kenntnis zu setzen. Die chinesische Delegation besteht unbedingt auf einer Garantie des Völkerbundes für die neutrale Zone. Diese scharfe gegenseitige Formulierung beider Auffassungen hatte es dem Völkerbund angebracht erscheinen lassen, in Einzelverhandlungen mit den beiden Parteien zunächst diese Frage zu vereinigen, ehe man auf die anderen Probleme zurückkomme.

Aus alle Fälle ist klargestellt, daß man noch mit einer längeren Tagung des Rates wiede rechnen müssen.

Pressestandal in Österreich

Wien, 3. Dezember.

Finanzminister Dr. Weidmann informierte den Finanzausschuß des Nationalrates, welche Zuwendungen von der Österreichischen Creditanstalt im Mai und August dieses Jahres vorgenommen wurden. Er gab bekannt, daß ein Wiener Reichsanwalt einen Betrag von 300.000 Schilling erhalten habe, sich jedoch weigerte, über dessen Verwendung nähere Auskunft zu geben. Weitere 261.000 Schilling seien in Form von Interatenguthaben, Spenden und Remunerationen an Vereine, Zeitungen und Journalisten verteilt worden. Die Namen der Empfänger werden der Standesorganisation der Wiener Journalisten ausghändig werden. Der Finanzausschuß beschloß, die Regierung zu erüthern, ob

durch die Direktion der Creditanstalt Ausklärung über die im Mai dieses Jahres aufgewendeten 300.000 Schilling zu verschaffen. Zwei sozialdemokratische Anträge auf Rückzahlung der an Zeitungen und Journalisten verteilten Beiträge sowie auf Rednungserlegung der von den Vereinen erhaltenen Summen fanden gleichfalls Annahme.

Volksbegehren in Oldenburg

Oldenburg, 3. Dezember.

Überzeugender Weise haben nunmehr die Kommunisten als erste einen Volksantrag (Volksbegehren) auf Auflösung des Oldenburgischen Landtags in die Wege geleitet. Die Auslegung der Listen in den Gemeinden dürfte vom 15. Dezember bis 11. Januar erfolgen.

Zugzusammenstoß in Belgien

15. Schwerverletzte

Brüssel, 3. Dezember. Zwischen Molines und Duffel fand gestern ein Zug der Strecke Brüssel—Antwerpen mit einem Zug der Strecke Lille—Antwerpen zusammen. Dabei wurden drei Wagen des letztgenannten Zuges umgestoßen und etwa fünfzehn Personen schwer verletzt. Der Zug Brüssel—Antwerpen blieb unbeschädigt und auch die betroffenen Passagiere erlitten keine Verletzungen.

Wirtschaftspartei und Volksbegehren

Dresden, 3. Dezember.

Auf Grund der letzten Vorgänge anlässlich der Präsidientenwahl im Sachsischen Landtag sieht die Wirtschaftspartei, wie parteilos ist, vorerst keine Möglichkeit, in Sachsen die Bildung einer nationalen Regierung mit Aussicht auf Erfolg zu betreiben. Sie stellt es daher ihren Anhängern anheim, sich am Volksbegehren zu beteiligen.

Nationalsozialistischer Landtagsantrag

Unter Hinweis auf die Vorgänge in Aue, wo 120 Nationalsozialisten auf der Straße nach Schneeberg von etwa 400 Reichsbannerleuten überfallen worden seien, hat die nationalsozialistische Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, gegen den Regierungssamtmann Kippner aus Zwickau sofort ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung einzuleiten sowie das Reichsbanner und seine Unterorganisationen sofort aufzulösen.

Rundfunkprogramm für Sonnabend, den 5. Dezember

Leipzig—Dresden

6.30 Turngymnastik und Frühstück; 12.10 Mittagskonzert; zwischen Schulunt. 14.30 Buchstunde für Kinder; 15.15 Tanzsch. 16.00 Wie vermeide ich Provinz und erprobte Provenienz? 16.30 Flanierpartie; 17.00 Unterhaltungskonzert; 18.30 Zum Gedanken Gustav Soden (gelassen 5. Dezember 1918); 18.50 Gewaltwettkampf; 19.00 Der Lärm als hygienisches Problem; 19.30 Klavierwerke von Mozart; 20.00 Alte und neue Tänze; 21.15 Konzert des Lehrergesangvereins in Gera zur Geist des 50-jährigen Bestehens; 22.00 Nachrichtendienst; anschließend Tonmit.

Nationalsozialistischer Landtagsantrag

Sonntag, d. 5., u. Sonntag, d. 6. Dez.

Schlacht-Fest

und

Bockbierausschank

Wursts. — s. Bratwurst — Schlachtbüffel

Musikalische Unterhaltung.

Zu recht zahlreichem Besuch laden freundlich ein
R. Rambach u. Frau.

Christbäume

sind eingetroffen und empfiehlt

billig

H. Pleschinger.

Rupprecht Larven

in verschiedenen Ausführungen

empfiehlt

Hermann Rühle,

Buchhandlung.

Kleiderstoffe

in Seide und Wolle.

Damen- u. Herren-

Crikot-Unterwäsche

Strümpfe usw.

kauft Sie gut und billig bei

Friedrich Dietrich

Königsbrüderstr. 13, 1. St.

Besichtigung

ohne Kaufzwang gern gestattet.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen

ich mit Bedauern zurück und

warne vor Weiterverbreitung.

Ernst Rötig.

Die gegen Frau Hedwig

Nöthig ausgesprochenen be

leidigenden Neuerungen nehmen